

Bernd Wolf
Wolfram Schrag

SÜDWESTRUNDFUNK
STUDIO KARLSRUHE
ARD-Rechtsredaktion Hörfunk

RadioReport Recht
Aus der Residenz des Rechts
Dienstag, den 06. August 2019

<http://www1.swr.de/podcast/xml/swr1/radioreport-recht.xml>

Mit Bernd Wolf.

Attac soll nicht mehr gemeinnützig sein. Will man kritischen Vereinen den Geldhahn zudrehen?

Bernd Wolf: Guten Abend.

Heiner Geißler: Mein Beitritt bei Attac ist rein ideell gedacht. Das ist für Attac auch viel wertvoller.

Bernd Wolf: haben Sie ihn erkannt? Heiner Geißler, Spitzname: Querdenker. Der Ex-Generalsekretär der CDU und danach der Intim-Feind von Helmut Kohl ist vor zwei Jahren gestorben. Das mit Attac, das hat er hier im Radioreport Recht gesagt, im Jahre 2007, also vor zwölf Jahren. Geißler war nämlich selbst Mitglied bei Attac.

Heiner Geißler: Ich war ja lange Zeit auch an führender Stelle in der Jungen Union tätig. Eine derart verschlafene Gesellschaft inzwischen. Anstatt dass die Junge Union sich an die Seite von Attac stellt. Es sind junge, lebendige, mutige Leute, die das wichtigste Problem aufgegriffen haben, nämlich die Humanisierung des Globalisierungsprozesses. Das ist die wichtigste Aufgabe der Politik, auch im Interesse der Demokratie.

Bernd Wolf: Hätte man Heiner Geißler, der war übrigens mal Sozialrichter, hätte man ihn damals gefragt, ob Attac deswegen gemeinnützig sei, hätte er, jede Wette, laut ja gesagt. Nein – sagt aber der Bundesfinanzhof in München, das höchste deutsche Steuergericht. Das war ein Aufsehen erregendes Urteil des BFH. Gefällt schon im Januar, dann aber erst im Februar bei der Jahrespressekonferenz des Bundesfinanzhofes in München präsentiert. Also mit der größtmöglichen Öffentlichkeitswirkung. Keine Gemeinnützigkeit mehr für Attac, und damit weg mit den Steuerprivilegien. Wolfram Schrag erzählt gerade noch einmal, warum das Urteil so ausging.

Wolfram Schrag: Der entsprechende Paragraf der Abgabenordnung umfasst fünfundzwanzig Einzelpunkte von Zwecken, die als gemeinnützig anerkannt werden. Kunst Jugendhilfe und Sport, ausdrücklich auch Schach, aber auch Tierschutz, Heimatpflege oder Umweltschutz. Und Politik? Die fällt nicht darunter hat der Bundesfinanzhof in seinem Urteil zum globalisierungskritischen Netzwerk Attac nun entschieden, sagt der Präsident des Bundesfinanzhofs Rudolf Mellinghoff, denn ...

Rudolf Mellinghoff: ... nicht jede Betätigung ist gemeinnützig. Und diese Entscheidung bringt zum Ausdruck, dass ein allgemein politisches Mandat nicht von den Förderungszwecken des Paragrafen 52 der Abgabenordnung umfasst wird. Wir haben eben nicht als gemeinnützigen Zweck die allgemein politische Betätigung.

Wolfram Schrag: Das sei ein Privileg politischer Parteien. Diese hätten eigene Fördermöglichkeiten, müssten aber auch viel offener darlegen, wer sie unterstützt. Attac hatte sich darauf berufen, dass es der Volksbildung diene, also politische Bildungsarbeit mache. Das hatte auch das Hessische Finanzgericht als Vorinstanz so gesehen. Doch der Bundesfinanzhof widersprach, so Präsident Mellinghoff.

Rudolf Mellinghoff: Das muss aber in geistiger Offenheit sein, darf nicht eine politische Mission sein und muss natürlich der Bildungsarbeit selber dienen.

Wolfram Schrag: Eine Grenze sei dann überschritten, wenn eine Organisation Forderungen zur Tagespolitik aufstelle und zum Beispiel über Kampagnen versuche, die politische Meinungsbildung zu beeinflussen, so die obersten deutschen Steuerrichter. Die Reaktionen auf das Urteil fallen entsprechend heftig aus. Attac selbst nannte das Urteil ein verheerendes Signal für die gesamte kritische Zivilgesellschaft in Deutschland. Die restriktive

Auslegung mache eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen an die Erfordernisse einer modernen Demokratie dringend nötig. Für Nichtregierungsorganisationen werde die Gemeinnützigkeit viel zu eng gefasst, sagt dazu auch Stefan Diefenbach-Trommer, der zivilgesellschaftliche Gruppen unterstützt

Stefan Diefenbach-Trommer: Menschen engagieren sich nicht nur vor Ort im Fußballverein, im Musikverein, sondern eben zum Beispiel für eine bessere Welt ganz selbstlos. Das ist ja ein Kriterium der Gemeinnützigkeit. Zeigt sich jetzt beim Fall Attac, dass ein Verein, der sich für Dinge engagiert, die viele gut finden, offenbar nach geltender Gesetzeslage nicht gemeinnützig sein kann.

Wolfram Schrag: Deshalb fordert auch der Bundesgeschäftsführer der Grünen, Michael Kellner, eine Gesetzesreform. Dagegen schrieb der CDU Bundestagsabgeordnete Olav Gutting auf Twitter, das Urteil sollte eine Ermunterung für Finanzämter sein, auch bei vielen anderen Organisationen genauer hinzuschauen. Das Bundesfinanzministerium wollte das Urteil nicht kommentieren allerdings habe das Haus einst das Land Hessen angewiesen, Revision zum Bundesfinanzhof einzulegen.

Bernd Wolf: Finanzminister war damals Wolfgang Schäuble, CDU. Die Union scheint ein Problem zu haben mit Vereinen wie Attac oder – mehr noch die Deutsche Umwelthilfe. Denn auf ihrem letzten Parteitag hat die CDU die Deutsche Umwelthilfe, die DUH, das sind die Leute, die Dieselfahrverbote durchgesetzt haben, beschuldigt, das sei kein wirklicher Verein, man werde ihre Gemeinnützigkeit prüfen. Also da ist was im Busch. Politische Beobachter, die das Urteil vom Bundesfinanzhof nicht so toll fanden, sagen: jetzt muss das Gesetz, jetzt muss die Abgabenordnung geändert werden; da muss jetzt der Gesetzgeber ran.

Mit einem Teil dieses Gesetzgebers habe ich für diese Sendung gesprochen. Es handelt sich um Johannes Fechner, er ist Mitglied des Bundestages und rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, er kommt aus Südbaden.

Herr Fechner, Ihr Koalitionspartner, die Union, hat sich über das Urteil unverhohlen gefreut. Wie sieht es denn bei Ihnen aus, in ihrer Partei, der SPD?

Johannes Fechner: Ich sehe das Urteil eher kritisch. Man muss nicht alles teilen, was Attac von sich gibt: Aber, dass eine solche Gruppierung politisch tätig sein muss in einer pluralen Demokratie, das finde ich, das müssen wir ermöglichen. Und deshalb sollten wir daran gehen, die

Abgabenordnung zumindest zu präzisieren. In der Abgabenordnung dort steht geregelt, wann eine Organisation als gemeinnützig einzuschätzen ist. Und offensichtlich haben wir hier Präzisierungsbedarf.

Bernd Wolf: Wie eindeutig ist denn dieser Paragraf 52 Abgabenordnung? Da ist ja so ein ganzer Katalog drin, was gemeinnützig ist. Teilweise sind es Sachen zum Schmunzeln, auch wie Hundesport oder sowas. Muss man denn, muss man, musste man nach Paragraf 52 Abgabenordnung Attac die Gemeinnützigkeit aberkennen?

Johannes Fechner: Da sind die Experten geteilter Meinung. Das Gericht, der Bundesfinanzhof hat jetzt eine entsprechende Entscheidung getroffen und hat die Sache zurückverwiesen an das hessische Gericht, das nochmal neu zu verhandeln hat. Ich finde, wenn mehrere Juristen, und zwar hochrangige Finanzjuristen, unterschiedlicher Meinung sind, das hessische Gericht hat ja gesagt Attac ist gemeinnützig, der Bundesfinanzhof hat gesagt, es ist nicht so, dann finde ich, ist der Gesetzgeber gefragt und muss für Klarstellungen in der Abgabenordnung sorgen.

Bernd Wolf: Wir warten auf das Urteil, Sie sagten es gerade, vom Kasseler Gericht. Aber ist denn seit Februar, als das Urteil des Bundesfinanzhofes rauskam, ist denn da schon was passiert in Sachen Änderung, Abgabenordnung? Also das Ganze auf andere Füße stellen?

Johannes Fechner: Die Union blockiert dieses Ansinnen. Aber davon lassen wir uns nicht abhalten. Wir prüfen SPD-intern, wie eine solche Regelung aussehen könnte.

Bernd Wolf: Nehmen wir mal an, und das tun die meisten Leute, das hessische Gericht fügt sich sozusagen der Vorgabe des obersten Steuergerichts, dem Bundesfinanzhof in München. Dann wäre die Gemeinnützigkeit für Attac futsch, könnte keine Spendenbescheinigung mehr ausstellen. Spender könnten auch ihre Spenden nicht mehr absetzen, spenden dann vielleicht auch nicht mehr. Es gibt auch einen Imageverlust. Will man das abwarten?

Johannes Fechner: Ich glaube, das ist gar nicht mehr so lange gehen wird, bis wir hier eine Entscheidung bekommen werden. Klar ist, dass solche zivilgesellschaftlichen Einrichtungen wie Attac oder andere Vereine politisch tätig sein müssen in unserer Demokratie. Da müssen wir aushalten, wenn wir mal nicht übereinstimmen mit Meinungsäußerungen, wie sie etwa von Attac

kommen. Das tue ich auch nicht. Ich teile vieles nicht, was Attac sagt. Aber dennoch müssen wir das aushalten in einer lebendigen Demokratie. Und es wäre ein schwerer Schlag für solche Vereinigungen, wenn sie keine Spendenbescheinigung mehr ausstellen können und dann finanziell irgendwann auf dem Trockenen sitzen. Und deswegen sollten wir die Abgabenordnung ändern.

Bernd Wolf: Sie sagten selbst, ist es mit der Union wahrscheinlich nicht zu machen. Würden sie die Koalition riskieren wegen so einer Frage?

Johannes Fechner: Ich glaube ja, dass die Koalition sowieso nicht mehr allzu lange halten wird. Aus anderen Gründen wie etwa Grundrente oder ähnliches, mehr Mieterschutz, was die Union blockiert. Also insofern glaube ich, dass wir eher früher als später zu einer Reform dieser Bestimmung in der Abgabenordnung kommen werden.

Bernd Wolf: Ich spreche mit Johannes Fechner, rechtspolitischer Sprecher der SPD Bundestagsfraktion.

Der Bundesfinanzhof begründete sein Urteil damit, Attac sei zu allgemeinpolitisch und arbeite nicht genug mit geistiger Offenheit. Was sagen Sie denn zu diesen Urteilsbegründungen?

Johannes Fechner: Ich finde, das ist eine sehr schwammige Formulierung. Das zeigt, dass wir als Gesetzgeber präzise Vorgaben machen sollten in der Abgabenordnung und dort ausdrücklich regeln müssen, dass politisches Engagement von Vereinen wünscht und auch zulässig sein muss.

Bernd Wolf: Wenn man sich mal angeguckt, wer alles gemeinnützig ist, da ist zum Beispiel der CDU-Wirtschaftsrat. Das ist eine, ich glaube, das darf man sagen, eine mächtige Unternehmerlobby. Es ist die einflussreiche Stiftung Familienunternehmen, etwa auch die Atlantik Brücke. Dann ist da die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik. Das ist schlicht und ergreifend eine Rüstungslobby. Gemeinnützig heißt umgangssprachlich, wenn man was für die Allgemeinheit tut. Sind diese Vereine, die ich genannt habe, sind die in diesem Sinne gemeinnützig und Attac nicht?

Johannes Fechner: Da kann man sich in der Tat die Frage stellen und ein dickes Fragezeichen machen, ob es sich hierbei nicht um Lobbyorganisationen, die einzig und allein finanzielle Interessen der hinter ihnen stehenden Mitglieder verfolgen handelt. Und auf der anderen Seite soll dann eine Organisation wie Attac nicht gemeinnützig sein. Das passt nicht

mehr zusammen. Und Lobbygruppen müssen dann genauso behandelt werden. Und ich finde, auch da besteht Aufklärungsbedarf, Klarstellungsbedarf in der Abgabenordnung.

Bernd Wolf: Der Bundesfinanzhof sagte auch, Attac geriere sich wie eine politische Partei. Aber Parteien, also wie die SPD oder die CDU oder die Grünen, die sind ja nach dem Parteiengesetz strengerer Kontrolle unterworfen und seien zu größerer Transparenz verpflichtet. Ist das eine Argumentation, der Sie folgen können?

Johannes Fechner: Nein, also eine Meinungskontrolle von Gruppierungen darf es auf gar keinen Fall geben. Und auch nach dem Vereinsrecht bestehen strenge Vorschriften über die Kassenführung und über die Transparenz der internen Entscheidungen. Also dieses Argument würde ich nicht gelten lassen,

Bernd Wolf: Ein Argument des Bundesfinanzhofes war auch, den Maßstab, den man jetzt an Attac angelegt hat, der müsse gleichermaßen wertneutral für alle Vereine gelten. Und der Präsident des Bundesfinanzhofs, Rudolf Mellinghoff, führte dieses Beispiel an:

Rudolf Mellinghoff: Sie müssen auch immer die Kehrseite sehen, dass dieses Urteil ja wertneutral ist für jede politische Betätigung. Das heißt, wenn man Attac für gemeinnützig erklären würde, allgemeinpolitisch, dann wären auch Sammlungsbewegungen wie Pegida oder ähnliches gemeinnützig, weil diese ja ganz allgemein politisch tätig sind.

Bernd Wolf: Was sagen Sie dazu Herr Fechner, stimmt das?

Johannes Fechner: Meines Wissens sind die nicht im Vereinsregister eingetragen, diese gefährlichen Bewegungen wie Pegida. Und insofern fehlt es aus meiner Sicht schon an in dieser Hinsicht an der Vergleichbarkeit.

Bernd Wolf: Und wenn Pegida hinginge und würde sich beim Amtsgericht Dresden, glaube ich, eintragen lassen als Verein?

Johannes Fechner: Da müssen Sie erst einmal nachweisen, dass sie einen legitimen Zweck verfolgen. Und da habe ich schon Zweifel, wenn man sich die ein oder andere rechtsradikale Äußerungen vor Augen führt, die dort geäußert wird.

Bernd Wolf: Wenn die Abgabenordnung geändert würde, dann wäre ja Finanzminister Scholz federführend, ein Parteifreund von Ihnen. Wissen Sie denn, was er für Ideen dazu hat?

Johannes Fechner: Wir sind da im Gespräch. Aber das Finanzministerium möchte da erst mal noch die Entscheidung abwarten des hessischen Gerichtes.

Bernd Wolf: So ein bisschen erkennt man an der Einstellung der Parteien zum Gemeinnützigkeitsrecht, wie sie generell zur Bürgergesellschaft stehen, also zu diesen NGOs, Nichtregierungsorganisationen.

Johannes Fechner: Das stimmt.

Bernd Wolf: Die CDU ist nicht so der Fan, außer vielleicht Heiner Geißler, der ist ja verstorben. Die Grünen sind eher pro bürgerschaftliches Engagement. Der grüne Europaabgeordnete Sven Giegold war sogar Mitbegründer von Attac Deutschland. Wo genau steht dann da die SPD?

Johannes Fechner: Wir sehen es als große Bereicherung der politischen Kultur an, dass es eine vielfältige NGO-Landschaft gibt. Wir stimmen nicht mit allem überein, was da etwa von Attac gefordert wird. Aber dass es in einer Demokratie zivilgesellschaftliches Engagement geben muss, was auch dann steuerlich gefördert wird über Spendenbescheinigungsmöglichkeiten, das wollen wir auf jeden Fall erhalten wissen. Und es kann nicht sein, dass die Union Lobbyistenorganisation verteidigt und ihnen diesen Status zubilligen will. Und dann aber Gruppierungen wie Attac, nur weil ihnen deren Meinung ich passt, verbieten möchten, beziehungsweise die nicht mehr als gemeinnützig anerkennen wollen.

Bernd Wolf: Heiner Geißler hat vor zwölf Jahren hier im Radioreport Recht mal beklagt, die Leute wüssten gar nicht Bescheid. Hören wir mal.

Heiner Geißler: Viele publizistische Aufregung, aber auch politische Aufregung kommt ja daher, dass die Leute sich überhaupt nicht richtig informieren. Die wissen ja noch nicht mal, woher Attac kommt. Die meisten Leute, die sagen, schon der Name sagt ja, nicht wahr, wes Geistes Kinder diese Leute sind. Attac kommt von Attacke.

Bernd Wolf: Attac heißt ja oder kommt nicht von Attacke, sondern es

heißt „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger“. Das Ganze auf Französisch also dann Abkürzung: Attac. Diese Forderung, die Attac im Namen trägt, unterstützen Sie die auch als SPD?

Johannes Fechner: Ja sicher. Voll und ganz.

Bernd Wolf: Johannes Fechner war das, für die SPD im Bundestag, deren rechtspolitischer Sprecher im Radioreport Recht.

Sie können diese Sendung auch als Podcast abonnieren. Kostet nichts. Und Sie können Sie in der ARD Audiothek hören.

Attac und die Gemeinnützigkeit, der Bundesfinanzhof will sie den Globalisierungskritikern entziehen. Die Union findet das gut, will auch andere Vereine in diese Richtung überprüfen wie die Deutsche Umwelthilfe. Gleichzeitig will sie bestimmte Lobbygruppen aus der Wirtschaft und der Rüstung gemeinnützig lassen. Die SPD will zivilgesellschaftliche Gruppen wie Attac oder Compact unbedingt erhalten, ebenso wie die Möglichkeit zu spenden, und will auch ohne oder gegen ihren Noch-Koalitionspartner, die Union, das entsprechende Gesetz die Abgabenordnung ändern.

Das war der SWR1 Radioreport Recht.

Mein Name ist Bernd Wolf.